

Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für den Directrate 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Veröffentlichung: Düsseldorf, Konradstraße Nr. 7. Nummer Nr. 423.

Verlag: C. R. Schirre, Düsseldorf, Konradstraße 7. Druck und Versand Joh. van Pelt, Cuxfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4092.



Die christlichen Gewerkschaften zur Streikfrage.

Die in Nr. 6 veröffentlichte Erklärung des Vorstandes des Gesamtverbandes bedeutet gegenüber jedem Versuch, die deutschen Arbeitermassen während des Krieges zu politischen Streiks aufzureizen, ein ganz entschiedenes und unabweisbares „Nein! Niemand!“ Es kann für die christlichen Arbeiter unter keinen Umständen irgend ein Zusammengehen mit denjenigen in Frage kommen, die auch nur das Geringste unternehmen, um den regelrechten Gang der Kriegswirtschaft zu stören oder gar zu unterbinden. Von dieser grundsätzlichen Stellungnahme können die christlichen Gewerkschaften nicht das kleinste Lüttelchen preisgeben. Die alten Römer hatten ein Wort, das besagte: Gerechtigkeit muß sein und wenn die Welt darüber zu Grunde geht! Auf genau demselben Standpunkt stehen die christlichen Gewerkschaften in der Frage der politischen Massenstreiks, welche die Kriegswirtschaft gefährden: Sie werfen sich ihnen bis zur äußersten Konsequenz entgegen und würden eher dem Untergang der eigenen Bewegung zusehen, als diesen grundsätzlichen Standpunkt zu verlassen. Da kann es niemals ein Feilschen und Handeln, ein Drehen und Deuteln geben. Wir stehen in diesem Zeitpunkt zu unserem Vaterlande und zur Befreiung der Kriegsbedürftigen, weil uns das als die erste Pflicht unter den gegenwärtigen Umständen erscheint.

Unsere tiefsterne Ueberzeugung ist es, daß wir dadurch am Besten die Arbeiterinteressen wahrnehmen. Niemand kann uns von der Auffassung abbringen, daß das Arbeiterinteresse mit der höchsten Kriegs- und Siegesbereitschaft Deutschlands unzertrennlich verbunden ist. Wir fühlen uns als Arbeiterbewegung, d. h. als eine Gruppe, deren ganzes Sehnen dahin geht, der deutschen Arbeiterschaft eine bessere Zukunft zu schaffen. Das halten wir aber für vollständig ausgeschlossen, wenn wir nicht die Sache unseres Vaterlandes während des Weltkrieges ohne Wanken und Schwanken vertreten und mit wahrnehmen. Manche Kreise leugnen zwar jeden Einfluß der jüngsten Streiks auf die Kriegsführung. Schon jetzt, so sagen sie, liegen viele Betriebe wegen Kohlenmangels still; das aber habe die Kriegswirtschaft mehr geschädigt als diese Streiks, die doch nur wenige Tage gedauert haben. Diese Gegenüberstellung verfährt bei uns nicht. Vor allem geht sie an der Hauptsache vorbei, nämlich an einer grundsätzlichen Stellungnahme zu politischen Streiks während des Krieges. Das aber ist der Kernpunkt der Sache. Im übrigen ist sie auch rein sachlich unberechtigt. Tatsache ist doch, daß die kriegswichtigsten Betriebe, solche, die sich mit der Herstellung von Motoren für Flugzeuge und U-Boote befassen, sowie Schiffswerften, Betriebe der Feinmechanik usw., jederzeit hinsichtlich der Kohlenversorgung vorzugsweise beliefert wurden. Hier kommen also Feiern wegen Kohlenmangel sozusagen nicht in Betracht. Diese betreffen vielmehr in der Hauptsache nur solche Betriebe, deren Produktionsausfall zur Zeit zwar nicht erwünscht ist, immerhin aber doch vorübergehend ertragen werden kann. Bei allgemeinen Streiks dagegen werden auch die kriegsnotwendigsten Betriebe zum Stillstand gezwungen. Dadurch aber wird die Front aufs verhängnisvollste getroffen.

Wir sehen es aber ferner als eine der elementarsten Voraussetzungen allen Gemeinschaftslebens an, daß, zumal in dieser kritischen Zeit, die Gewerkschaftsdisziplin unter allen Umständen hochgehalten wird. Die können denn die Gewerkschaften auf Selbstachtung Anspruch machen, wenn sie sich von unverantwortlichen

Elementen gegen die eigene bessere Ueberzeugung drängen und schieben, wenn sie die ihrem Schutz anvertrauten Mitglieder zum Spielball gewissenloser Demagogen werden lassen?

Steht sonach unser Standpunkt in jeder Beziehung klar und unübersehbar fest, dann können wir mit umso größerem Rechte für unsere Forderungen zu Gunsten der Arbeiterschaft in der jetzigen Zeit Gehör verlangen. Wir kennen die unendlich schwierige Lage vieler Teile der Arbeiterschaft in der jetzigen Zeit. Wir sehen das fürchterliche, schreiende Unrecht der wucherischen Ausbeutung der Massen. Wir haben vollstes Verständnis dafür, daß in der Kriegswirtschaft keine Funktion wichtiger ist, als die des Arbeiters. Demgemäß lauten auch unsere Forderungen. Wir fordern mit größter Entschiedenheit einen solchen Lohn für die Arbeiterschaft, daß ihr ein auskömmliches Dasein gesichert ist. Wir verlangen jede nur denkbare Möglichkeit, um diese Forderungen zur Geltung zu bringen, ohne daß die Arbeiter aus politischen Gründen auf die Straße zu treten brauchen. Wir fordern mit aller Entschiedenheit die bestmögliche Versorgung des Volkes und insbesondere der Arbeiterschaft mit Lebensmitteln. Wir fordern die härtesten Strafen für den Wucher, und unsere Vertreter arbeiten überall mit, um diese Forderungen durchzusetzen.

Wir fordern ferner ein energisches Zurückdrängen der innerpolitischen Reaktion. Wir dürfen Anspruch darauf erheben, diese Reaktion und ihre Bestrebungen so scharf gekegelt und bloßgestellt zu haben, wie es nur irgendwie denkbar ist. Wir wissen aus täglicher Erfahrung, welche ungeheuren Belastungsproben die Stimmung der Massen durch die Treibereien der Reaktionsäre ausgeübt ist. Wir wissen ebenso, daß an den revolutionären Streikausbrüchen der letzten Tage nicht allein gefährliche Verheerung die Schuld trägt, sondern ebenso sehr das wüste Gebahren der Anregionisten und innerpolitischen Reaktionsäre. Beide Gruppen gehören wegen ihres verbrecherischen Treibens auf die gleiche Anklagebank.

Wir wissen aber auf der anderen Seite, daß es nicht bloß unsinnig, sondern in höchstem Maße gefährlich und verhängnisvoll ist, aus dieser Verwirrung durch politische Ausstände einen Ausweg zu erstreben. Man braucht nur die kaum noch verhaltene Freude und den hämischen Triumph auf sich wirken zu lassen, der im Anschluß an die Ausstände der letzten Tage aus der Presse der Reaktion spricht. Diese hat lange genug nach Möglichkeiten gesucht, von denen aus sie das soziale Wollen des deutschen Kaisers und unserer Regierung erschüttern und womöglich sogar in das Gegenteil verkehren könnte. Jetzt endlich glaubt sie solche Möglichkeiten gefunden zu haben: Sie weist in unerträglicher Ueberhebung mit dem Finger auf die Massen, denen gegenüber nichts gefährlicher ist, als auch nur in etwa die Fägel schleifen zu lassen. Selten sind so erbitternde Worte wie jetzt über diese Massen geredet worden, die dieselben Leute, als die schlotternde Angst der ersten Kriegszeit sie im Banne hielt, für die Träger der deutschen Kraft und Unbesiegbarkeit rühmend bezeichnet haben. So wiederholt sich auch hier die alte Erfahrung: Die Extremen von rechts und links arbeiten sich gegenseitig in die Hände. Und darum gilt unser Kampf beiden!

Ein Teil der sozialdemokratischen Parteipresse hat aber das ablehnende Verhalten der christlichen Gewerkschaften, das in manchen Gegenden die Ausstände von vornherein zum Stillstand verurteilte, hämische Glossen gemacht. Es hieß da, die „Christlichen“ hätten die Gelegenheit eifrig benutzt, um sich nach oben zu empfehlen, die Sozialdemokraten aus ihrer Stellung in der Öffentlichkeit herauszudrängen und was davor für ein Verhängnis nicht ist. Die Lorett-

Wir haben es seit Beginn des Krieges immer wieder als eine vaterländische Pflicht ersten Ranges bezeichnet, in dieser weltgeschichtlich so überaus bedeutsamen Zeit die Brücke zu schlagen zwischen der bestehenden Gesellschaft und der noch abseits stehenden Arbeiterschaft. An diesem Standpunkte halten wir auch heute noch uneingeschränkt fest. Diese Zeit größter Umwälzung darf nicht vorbeigehen, ohne daß die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in ihrem verständigen, gutwilligen Teil zu unserem Staate ein vernünftiges Verhältnis findet. Wir erstreben das nicht nur aus dem Interesse der Arbeiterschaft heraus, sondern auch aus dem Interesse des Staates heraus. Beide sind letzten Endes in ihren Geschicken aufeinander angewiesen. Von dieser Auffassung bringen uns auch die Töleien und verbrecherischen Dummheiten unreifer, überpannter politischer Heißbräuter nicht ab. Auf der anderen Seite jedoch ist es selbstverständlich, daß alle Erschwerungen, die jener von uns erhofften Annäherung in den Weg treten, nur mit tiefstem Bedauern hingenommen werden können. Wir wissen, daß, wenn ein Teil der Arbeiterbewegung leidet, in letzter Linie die gesamte Arbeiterbewegung die Folgen davon zu tragen hat. Daher unsere schärfste Gegnerschaft gegen die politischen Streiks während des Krieges. Daher aber auch unsere Aufforderung an die ruhig denkenden Elemente in der Sozialdemokratie und vor allem an die freien Gewerkschaften, der Wiederholung der Falsche der letzten Tage gemeinsam mit uns sich aufs nachdrücklichste zu widersetzen. Es handelt sich hier um eine Sache der ganzen Arbeiterbewegung und der ganzen Arbeiterschaft. Da gilt es wohl zu überlegen und ganz nach den Grundsätzen zu handeln, die allein eine gedeihliche Zukunft der ganzen Arbeiterbewegung garantieren!

Eine Genossenschaftsbank für Arbeiter, Beamte und Angestellte.

I.

Die Berufsverbände der Arbeiter, Angestellte und Beamte sind sich längst darüber klar geworden, daß, wenn sie greifbare Erfolge erzielen wollen, dies nicht möglich ist nur auf Grund der Berufsorganisation der in Betracht kommenden Berufsgenossen, sondern daß außerdem notwendig ist die Zusammenfassung der wirtschaftlichen Macht, die sich verlorpert in dem Kapital, in dem Gemeinschaftsvermögen, welches die Organisation aufzuweisen hat. Während bei den Gewerkschaften sich dieses Gemeinschaftskapital zum größten Teil als Kampffonds für Auseinandersetzungen mit den Unternehmern, und nur zum kleineren Teil als Rückendeckung für Unterstützungen bei Krankheit, Arbeitslosigkeit usw. der Mitglieder darstellt, ist das Gemeinschaftskapital bei den Beamten- und Angestelltenverbänden, sowie bei den konfessionellen Arbeitervereinen fast nur dem letztem Zweck und sonstigen sozialen Bestrebungen im Interesse des Standes gewidmet.

Zu den genannten Organisationen kommen noch hinzu die Konsumvereine, die ebenfalls Gemeinschaftskapital ansammeln, welches jedoch nicht so sehr in barem Gelde als in werbenden Werten, produktiven Anlagen usw. angelegt wird.

Die Summen, worüber die in Betracht kommenden Organisationen verfügen, sind ganz erhebliche. So verfügen z. B. die christlichen Gewerkschaften über etwa rund 10 Millionen M. Die Konsumvereine des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine verzeichnen laufend ein Bankguthaben von rund 5 Millionen M., eine Summe, die von Jahr zu Jahr stark steigen wird. Zahlen über das bare Vermögen der Beamten- und Angestelltenverbände liegen mir im Augenblick leider nicht vor, Tatsache aber dürfte sein, daß auch sie erheblich sind. Bei den konfessionellen Arbeitervereinen, wo das Sparlaffenwesen ausgebaut ist dürften ebenfalls erhebliche Summen in Frage kommen.

Es würde nun interessant sein, einmal genau festzustellen, wohin diese Summen fließen und zu welchem Zwecke sie Verwendung finden. Im allgemeinen dürfte wohl zutreffen, daß kleinere Summen vielfach den städtischen Sparkassen, die größeren Summen jedoch den großkapitalistischen Banken zufließen. Augenblicklich wird auch ein Teil in Kriegsanleihen, vielleicht auch in Kommunalanleihen angelegt sein.

Wenn wir den Grundsatz aufstellen, daß das Geld der Arbeiter, Angestellten und Beamten auch nur im Interesse dieser Berufsstände arbeiten soll, einen Grundsatz, der nicht bestritten werden wird, so müssen wir feststellen, daß diesem mit Ausnahme der Anlage in Kriegsanleihe in keiner Weise entsprochen wird.

Wie die Sparkassen, wie besonders die großkapitalistischen Banken die Gelder dieser arbeitenden Schichten verwenden, ob nicht mit diesem Gelde Grundstücks- oder Waren-Spekulation mit dem Erfolge erhöhter Miet- und Warenpreise für die Konjumenten betrieben wird, darum kümmern sich bisher die Verwalter, die Vorstände genannter Organisationen im allgemeinen nicht. Der einzige Gesichtspunkt, nach dem die Anlage bisher erfolgte, war, einen möglichst hohen Zins herauszuschlagen. Eine Folge dieser Zinspolitik ist, daß zwar das Gemeinschaftskapital vielleicht um $\frac{1}{6}$ oder $\frac{1}{4}$ mehr anwächst, aber mit dem Erfolge, daß die Glieder dieser Organisation das Hundertfache und mehr in ihrer Wirtschaft ausgeben müssen als der vielleicht höhere Zins einbringt. Sehr treffend schreibt der selbst auf dem Boden der freien Wirtschaft für die Kriegszeit stehende frühere Sozialist Calwer in Nr. 2 Jahrgang 1917/18, der Konjunktur folgendes:

„Wenn man die Herrschaft der Großbanken über den Geld- und Kapitalmarkt vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus als schädlich, ja zum Teil als verhängnisvoll beurteilen muß, so wird man gut tun, die Schuld keineswegs bei den Großbanken zu suchen, die ihre Macht eben einseitig zu ihren Gunsten gebrauchen; die Hauptschuld werden wir vielmehr bei denen zu suchen haben, die ihre Geldmittel ohne jeden Vorbehalt, ohne jede Kontrolle, ohne jede eigene Einwirkung auf die Art der Verwendung und Verwertung dieser Mittel den Großbanken anvertrauen, sie damit schalten und walten lassen, wie es dem Interesse der Großbanken, nicht aber dem Interesse der Einleger und noch weniger dem volkswirtschaftlichen Interesse entspricht.“

Calwer hat Recht, die Schuld des Mißbrauchs der Gelder durch die Großbanken zu ihren Zwecken liegt nicht bei diesen, sondern bei den Darlehensgebern, wozu leider auch zurzeit die Organisationen der Arbeiter, Beamten und Angestellten gehören. Sollen nicht immer größere Schäden für die arbeitenden Stände aus der bisherigen Geldwirtschaft der genannten Organisationen entstehen, so muß mit derselben vollständig gebrochen werden. Grundsatz ihrer Geldwirtschaft muß sein, daß das Geld, welches aus den arbeitenden Ständen heranstießt, auch nur im alleinigen Interesse derselben Verwendung finden darf. Damit ist von selbst der Gesichtspunkt des höchsten Zinsfußes verworfen, denn die Frage bei Anlegung des sozialen Gemeinschaftskapitals darf nicht lauten: wieviel Zins erhält dasselbe? sondern: zu welchem Zweck wird dasselbe verwendet?

(Schluß folgt.)

Allgemeine Rundschau.

Freie Fahrt für Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen.

Zur leichteren Beschaffung neuer Arbeitsgelegenheit sind bis Ende vorigen Jahres auf den sächsischen Staatseisenbahnen, den preussisch-hessischen Staatseisenbahnen, den oldenburgischen und mecklenburgischen Staatsbahnen Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen, die infolge des Herstellungsverbots für Baumwollstoffe arbeitslos geworden sind, bei der ersten Reise von ihrem bisherigen Wohnort nach der Arbeitsstätte sowie zur Rückkehr von ihr nach der Heimat in vierter Klasse (auf Strecken ohne vierter in dritter Klasse) unentgeltlich befördert worden. Diese Vergünstigung, die gegen Vorlegung der durch die Amtshauptmannschaften oder die Polizeibehörden ausgestellten Ausweise bewilligt worden ist, wird nunmehr unter den bisherigen Voraussetzungen auch bis Ende 1918, längstens jedoch bis einen Monat nach Friedensschluß, weitergewährt.

Die VIII. Kriegsanleihe und unsere Volksversicherung.

Wie wir hören, ist die Auslegung der VIII. Deutschen Kriegsanleihe, die hoffentlich die Friedensanleihe wird, für Mitte März des Jahres zu erwarten. Die gemeinnützige Volksversicherung unseres Verbandes beabsichtigt wiederum, die Zeichnung durch eine Kriegsanleiheversicherung zu erleichtern. Sie wird das bei der VIII. Kriegsanleihe in besonders weitgehender Weise tun, indem sie nur eine Einzahlung von 5 Prozent des Zeichnungsbetrages verlangt. Jeder Zeichnungswillige kann also das 20fache seines Einzahlungsbetrages zeichnen. Da die Kriegsanleiheversicherung als gute und sichere Geldanlage außerordentlich empfehlenswert ist, wird sie in unseren Mitgliederkreisen sicherlich großen Anklang finden. Es ist uns erwünscht, wenn uns recht zahlreiche Mitglieder unseres Verbandes überall bei der Durchführung der natürlich in nationaler Hinsicht sehr bedeutungsvollen Kriegsanleiheversicherung behilflich sind. Kollegen, die bereit sind, sich in den Dienst der guten Sache zu stellen, werden um möglichst baldige Mitteilung an die gemeinnützige Volkversicherung der christlichen Gewerkschaften, Köln, Venloerwall 9, gebeten, die Näheres auch über die Bedingungen für die Mitarbeit mitteilt.

Die Zulagen zu den Invaliden- und Unfallrenten,

die zunächst für die Zeit bis zum 31. Dezember 1918 in Aussicht genommen worden sind, werden voraussichtlich auch später gewährt werden, da die Teuerung, die der Anlaß für die Gewährung dieser Zulagen ist, aller Voraussicht nach auch nach dem 31. Dezember 1918 nicht behoben sein dürfte. Es besteht demgemäß die Absicht, im Wege der Gesetzgebung eine Weiterzahlung der Zulagen über den 31. Dezember 1918 hinaus herbeizuführen.

Aus unserer Industrie.

Veräußerung der beschlagnahmten elsässischen Textilfabriken.

Von den weltberühmten Textilfabriken in Mülhausen und im Elsass war ein Teil in französischem Besitz, kam im Krieg unter Zwangsverwaltung und zur Veräußerung. Zwei Interessentengruppen bewarben sich um die zehn großen Betriebe, die Vereinigten Elsässischen Textilfabriken, ein elsässisches Unternehmen, an dem die Stadt Mülhausen selbst beteiligt war, und der Elsässische Textilausschuß, eine vom Kriegsausschuß der deutschen Baumwollindustrie gegründete Vereinigung.

Es sind sehr eingehende Versuche unternommen worden, eine Einigung der beiden Gruppen herbeizuführen, allein die Elsässer leisteten einen so grundsätzlichen und starken Widerstand, daß alle diese Bemühungen scheiterten. Schließlich sind die — zunächst 10 — Textilwerke dem „Elsässischen Textilausschuß“, der auch eine Million Mark mehr als die elsässische Textilgruppe geboten hatte, von der Regierung zugeschlagen worden. So sehr man die Spaltung zwischen der elsässischen und alt-deutschen Industriegruppe bedauern mag, diese Lösung war schließlich die einzig mögliche. Hinter dem Käufer, dem elsässischen Textilausschuß, steht eigentlich die gesamte deutsche Baumwollindustrie. Immerhin braucht man die Hoffnung, daß die Elsässer schließlich im eigenen Interesse nachgeben, nachträglich noch dem Textilausschuß beitreten und sich somit auch einen gewissen Einfluß auf die zukünftige Gestaltung der Werke sichern, nicht ganz aufzugeben.

Aus dem Verbandsgebiete.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Füssen. Unsere Generalversammlung erfreute sich eines sehr guten Besuches. Nach Erledigung der geschäftlichen Sachen wurden die für die hiesige Arbeiterschaft besonders hervortretenden Tagesfragen erörtert. Wegen den in letzter Zeit besonders stark

betriebenen Schleißhandel wurde energisch protestiert, weil hierdurch die Ernährung für die minderbemittelten Kreise sehr beeinträchtigt wird. Ebenfalls wurde die auch hier stellenweise aufgetauchte Streiklust entschieden mißbilligt und betont, daß die christlich organisierte Arbeiterschaft nicht gewillt ist, solche Volk und Vaterland schwer schädigenden Putsch mitzumachen. Zum Schlusse wurde dann noch die schon so lang geforderte Freigabe des Samstagnachmittag besprochen. Die Arbeiterschaft ist gern bereit, an den Samstagen bis Mittags 1 Uhr durchzuarbeiten, wodurch es dem Betrieb doch eher möglich sein wird, die übrigen Stunden freizugeben. Durch die vielen Einberufungen ruht die ganze Last der Familienorgen auf den Schultern der Frau und Mutter. Schon aus diesem Grunde hält die christlich organisierte Arbeiterschaft die Freigabe für eine absolute Notwendigkeit und wurde seitens der Versammelten darauf hingewiesen, hierzu baldmöglichst die nötigen Schritte zu unternehmen.

Kempten i. Bayern. In der Zeit vom 1. November 1915 bis 31. Juli 1917 betrug der Gesamtaufwand der Unterstützung für die beschäftigungslosen Textilarbeiter 426 470,62 M., für Unterstützung von Arbeitern der Aktienfabrik und 7866,20 M. für Arbeiter der Fremserischen Fabrik; davon hatte die Stadt $\frac{1}{4}$ oder 71 078,14 M. bzw. 1311,03 M. zu leisten. Seit Juli war die Aktienfabrik voll beschäftigt, sodass die Unterstützungen wegfielen. Am 4. Januar 1918 zeigte die Aktienfabrik an, daß sie mit Unterstützungen wieder beginnen wolle, worauf der Magistrat erwidert, daß angeht; der gemachten Ablehner Erfahrungen es nicht außer Zweifel steht, ob Magistrat mit seinen früheren Leistungen fortfahren werde. Die Fabrik bestritt dem Magistrat das Recht des Rücktrittes von den Unterstützungsaktionen und beschwerte sich bei der kgl. Regierung, welche zwar das bisherige Verfahren in Gewährung der Unterstützung schon früher nicht durchwegs gebilligt hatte, aber die Gemeinde als zur Fortgewährung verpflichtet hielt. Am 18. Januar beschloß der Magistrat, die alten Bestimmungen sofort aufzuheben und alsbald neue zu erlassen. In der Sitzung vom 1. Februar wurden die neuen Bestimmungen beraten. Der Magistrat stellte sich dabei auf den Standpunkt, der Wiederaufnahme der Unterstützungen nicht entgegenzutreten, betonte aber, daß diese Bereitwilligkeit ein rein freiwilliger Entschluß sei und jeder Zwang abgelehnt werden müsse, und daß die Unterstützungen auf ein entsprechendes Maß zurückgeführt und die nötigen Abwehrmaßnahmen gegen Mißbrauch getroffen werden müssen.

Die Haltung des Stadtmagistrats in der Sitzung vom 18. Januar hat in der Textilarbeiterschaft Beunruhigung hervorgewirkt, sodass schon vor der entgeltigen Beschlussfassung am 1. Februar für Samstag, 2. Februar, eine Textilarbeiterversammlung einberufen worden war. Ueber diese Versammlung wird uns das folgende berichtet:

Am vergangenen Samstag fand auf Veranlassung der Geschäftsstelle des christl. Textilarbeiterverbandes im Parkrestaurant Kempten eine Versammlung der Textilarbeiterschaft statt, welche hauptsächlich von Frauen besucht war. Veranlassung hiezu gab ein Magistratsbeschuß, nach welchem die Textilarbeiter-Arbeitslosenunterstützung bedeutend verschlechtert werden soll, eine Maßnahme, welche im gegenwärtigen Zeitpunkte, abgesehen davon ob berechtigt oder nicht, unklug ist. Außerdem nahm die Versammlung Stellung gegen die Direktion der Mech. Baumwollzwirnerei, vorm. Gebr. Denzler in Schelldorf, welche entgegen eines auch von ihr anerkannten Schiedspruches des Schlichtungsausschusses Kempten einem größeren Teil ihrer Arbeiterschaft bedeutend geringere Löhne, als vereinbart, zahlt. Als Referent war Bezirksleiter Geier aus Augsburg erschienen.

Redner kam in seiner Einleitung zunächst auf die allgemeine militärische, wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands zu sprechen und damit auf die Streiks, welche von den sogenannten unabhängigen Sozialdemokraten begonnen und deren Leitung nunmehr in die Hände der Mehrheitssozialisten übergegangen ist, um angebliche Ordnung in die Verhältnisse zu bringen und die Dummheiten wieder gutzumachen. Redner verurteilt die Arbeitsmiedrigung ganz entschieden. Die Parole: „Friede und Brot“ rechtfertigt die Streiks in schwerster Zeit nicht. Man kann den Frieden nicht auf der Straße machen und auch nicht dadurch, daß wir unseren kämpfenden Soldaten in den Rücken fallen, indem wir keine Waffen und Munition herstellen. Wir müssen Vertrauen haben zu den leitenden Kreisen, die die Sache ganz übersehen und die auch den Frieden wollen. Wie steht es mit dem Brot? Gewiß müssen wir uns unangenehme Erscheinungen gefallen lassen. Doch wer sind denn die, die um des Brotes willen streiken? Sind es vielleicht schlecht bezahlte oder arbeitslose arme Textilarbeiter? Nun, es sind die gutbezahlten Rüstungsindustriearbeiter. Und diese haben nicht nur einen guten Verdienst, sondern erhalten auch bedeutend mehr Lebensmittel als die übrigen Arbeiter. Für sie wird in erster Linie georot und ganz mit Recht, denn sie müssen

mitunter fast übermenschliche Arbeit leisten. Was den übrigen Personen abgezogen wird, erhalten die Rüstungsarbeiter. Die Einwände, mit denen man auf die Strafe geht, fallen in sich zusammen. Redner kommt dann auf den Magistratsbeschluss zu sprechen und kritisiert dessen Vorgehen an der Hand der letzten Nummer des Wochenblattes in einachsender Weise.

Im Wochenblatt steht nicht alles, was in dieser Sache vor sich geht und es kann daher bezweifelt werden, ob der Herr Magistratsvorstand in Rempten die Herren Magistratsräte in die Gesamtsache völlig eingeweiht hat. Magistrat hat die Unterstützung angeblich deshalb eingestellt, weil dies von der Kriegsamtsnebenstelle Augsburg angeregt worden sein soll. Man muß aber wissen, daß dieser Stelle zurzeit ein Mann vorsteht, welcher selbst Textilindustrieller ist und daß die Verhältnisse in seinem Betrieb für die Arbeiterchaft sehr zu wünschen übrig lassen. Auf eine solche Anregung kann nur ein sozial ebenso rückständiger Magistrat von Rempten hereinsinken. Der Beschluss, die Unterstützung aufzuheben oder sie bedeutend zu verschlechtern in gegenwärtiger Zeit, ist die allermutwilligste und unsozialste Tat, die ein Stadtmagistrat sich leisten kann. Sie steht in ganz Deutschland einzig da. Besonders der Umstand, daß die Kriegerfrauen und nach Absicht des Magistratsvorstandes auch die armen Unfall-, Invaliden- und Altersrentner am meisten an der Verschlechterung teilhaben sollen, ist zu verurteilen. Magistrat beschließt die Verschlechterung in einer Zeit der größten Not, mitten im Winter, wo man alles braucht und jeder Pfennig bitter nötig ist. Die Begründung, die sich Magistrat leistet, ist nicht stichhaltig. Wenn die Arbeiter zeitweilig vollbeschäftigt waren, so braucht man deswegen die Unterstützung nicht aufzuheben, denn es kommt die Zeit, wo man sie wieder braucht. Wie aus dem Wochenblatt hervorgeht, hat sich die Direktion der Aktienfabrik gegen den Beschluss des Stadtmagistrats bei der kgl. Regierung beschwert. Es ist dankenswert, daß sich die Direktion für ihre Arbeiterchaft einsetzt und wir begrüßen es, daß sie die Rückständigkeit des Magistrats nicht mitmacht.

Auch der Einwand, daß die Unterstützung deswegen abgeändert werden müsse, weil Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, ist nicht stichhaltig. Wenn solche Dinge vorkommen, dann sind dagegen Maßnahmen berechtigt, aber daß darunter alle benachteiligt werden, ist ungerecht. Wenn sich Magistrat auf die Staatsregierung beruft, so mag er wissen, daß auch wir die Meinung der Staatsregierung in dieser Sache kennen und diese deckt sich nicht mit der des Stadtmagistrats.

Redner vermutet den Träger der Verschlechterung im Magistratsvorstand der Stadt Rempten und meint, derselbe solle sich schämen, daß er der Träger des Gedankens ist, seine eigenen Leute in der Stadt zu schädigen. Es ist eine Schmach für ein Stadtoberhaupt, arme Textilarbeiter in schwerster Zeit zu schädigen. Redner ermahnt die Arbeiterchaft hier fest und treu zusammen zu stehen und geschlossen gegen jede Verschlechterung aufzutreten.

Daß Kollege Geier mit dieser allerdings sehr scharfen Kritik den Arbeitern aus dem Herzen gesprochen hat, bewies der lebhafteste Beifall und die nachstehend einstimmig angenommene

Entscheidung.

„Die heute am 2. Februar im Parkrestaurant Rempten tagende Textilarbeiterversammlung nimmt Kenntnis von der Stellungnahme des Stadtmagistrats betr. einer gänzlichen Einstellung, bzw. Verschlechterung der Bestimmungen über die Unterstützung der Erwerbslosenfürsorge der Textilarbeiter.“

Diese Maßnahme des Stadtmagistrats Rempten steht einzig da in ganz Deutschland und ist als die größte unsoziale Tat in dieser schweren Zeit zu bezeichnen. Mit der Betriebsleitung der hiesigen Baumwoll-Spinn- und Weberei Rempten bestreitet die Versammlung dem Stadtmagistrat Rempten das Recht, die nach der Ministerienentscheidung vom 28. Oktober 1915 für ganz Bayern eingeführte Unterstützungseinrichtung willkürlich aufzuheben oder zu verschlechtern.

Die Versammlung verlangt, daß nicht eine Verschlechterung, sondern eine Verbesserung, vor allem eine Erhöhung der Sätze eintreten muß.

An die kgl. Regierung von Schwaben und Neuburg stellen wir die ergebenste Bitte, dem Stadtmagistrat Rempten klar machen zu wollen, daß er nicht einseitig von den seinerzeit freiwillig übernommenen Verpflichtungen zurücktreten kann und daß das vierte Kriegsjahr eine unpassende Zeit für Verschlechterungen sozialer Art ist.

Auch den bürgerlichen Vertretern der Stadt Rempten gestalten wir uns nahelegen, daß die in Rempten beliebte Frontstellung nach allen Seiten, insbesondere gegen die in Rempten ansässige Industrie und deren Arbeiterchaft dem Ansehen und dem Wohl der Stadt, insbesondere aber ihrer künftigen Entwicklung sehr abträglich ist und bitten sie, in den nächsten Kollegien jeweils dafür einzutreten zu wollen, daß die besonders die Kriegsveteranen und Rentempfangende einschließende Verschlechterung aufgehoben wird. Die

Textilarbeiterchaft Remptens hat ihre hart verdienten Löhne in Friedenszeit und die zu 5-6 von anderen Faktoren als der Stadt Rempten gewährten Unterstützungsbeträge fast reiflos der hiesigen geschäftstreibenden Bürgerchaft zufließen lassen und verdient daher eine andere Behandlung als Magistrat sie dieser Arbeiterchaft zukommen läßt.

Schließlich bitten wir die Gesamtarbeiterchaft Remptens um ihre Solidarität im Kampfe gegen die Schlechterstellung durch den Stadtmagistrat und beantragen die Organisationsvertreter mit der Wahrnehmung unserer Interessen in fraglicher Sache.“

In der Stellungnahme gegen die Direktion der Baumwollzwirnerlei in Schelldorf bebauert Redner, daß die Direktion sein durch die Annahme des Schiedsspruches gegebenes Wort nicht hält und dem beinahe größeren Teil seiner Arbeiterchaft einen geringeren Stundenlohn als den Vereinbarten zahlt. Den Wortbruch mit der geringen Leistungsfähigkeit begründen zu wollen, geht nicht an, da es sich hier sicher nur um einige Arbeitskräfte handeln könnte, während die Direktion nach den vorliegenden Lohnzetteln den größeren Teil seiner Arbeiter unter dem vereinbarten Satz entlohnt. Die Organisation wird Veranlassung nehmen, mit Herrn Direktor Denzler abermals in Verbindung zu treten und nochmals eine gütige Erledigung versuchen. Sollte dieselbe nicht erreicht werden können, dann sollen weitere Schritte unternommen werden.

Mit der Mahnung, durch Beitritt zur Organisation die Reihen zu stärken, fand die Versammlung ihren Abschluß. Soweit wir bemerken konnten, traten mehrere Anwesende dem christlichen Textilarbeiterverbande bei.

Ehren-Tafel.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland

Albert Fang aus Spessart.

Johann Falkenberg aus Eupon.

Franz Lautermann aus Eupon.

Johann Baiter aus M.-Gladbach-Lörrip.

Wir wollen Ihr Andenken in Ehren halten.

Den Familien der Gefallenen unser Inniges Beileid.

Sterbe-Tafel.



Es starben die Verbandsmitglieder:

Mathias Nahlik aus Füssen.

Kaspar Hick aus Brand.

Friedrich Feld aus Willich.

Josef Nouenhausen aus M.-Gladbach-Hardtbroich.

Wilhelm Delvoss aus Giesenkirchen.

Adelheid Letting aus Rhede.

Leonhard Schmitz aus M.-Gladbach.

Ehre Ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Die christlichen Gewerkschaften zur Streikfrage. — Eine Genossenschaftsbank für Arbeiter, Beamte und Angestellte. — Allgemeine Rundschau: Freie Fahrt für Textilarbeiter und Textilarbeiterinnen — Die VIII. Kriegsanleihe und unsere Volksversicherung. — Die Zulagen zu den Invaliden- und Unfallrenten. — Aus unserer Industrie: Veräuerung der beschlagnahmten christlichen Textilfabriken. — Aus dem Verbandsgebiete: Berichte aus den Ortsgruppen: Füssen. — Rempten i. Bayern. — Ehren- und Sterbetafel.

Verantwortlich für die Schriftleitung: J. v. G. M. Schiffer, Daiselbach, Rindfleischstraße Nr. 7.